

Elisabeth Motschmann
Newsletter
02. März 2018



**Liebe Bremerinnen und Bremer,
liebe Bremerhavenerinnen und Bremerhavener,
liebe Freundinnen und Freunde,**

am Sonntag ist es so weit: Die Sozialdemokraten werden das Ergebnis ihrer Mitgliederbefragung bekannt geben. Dann wird klar sein, ob Deutschland eine starke und verlässliche Regierung unter Führung der CDU bekommen wird. Ich persönlich bin guten Mutes, aber spannend bleibt es trotzdem.

Als Christdemokraten haben wir am vergangenen Montag unseren letzten Schritt getan und dem Koalitionsvertrag mit überwältigender Mehrheit zugestimmt. Ganz besonders freut mich das großartige Ergebnis für Annegret Kramp-Karrenbauer bei ihrer Wahl zur Generalsekretärin der CDU Deutschlands. Die Tatsache, dass sie ihr Amt als Ministerpräsidentin des Saarlandes aufgibt, um sich in den Dienst der Partei zu stellen, zeigt, wie sehr ihr die CDU am Herzen liegt. Diese Entscheidung ist keineswegs selbstverständlich, aber für die CDU ist sie hervorragend.

Nach zwei intensiven Sitzungswochen in Berlin freue ich mich sehr auf Bremen und die Arbeit in meinem Wahlkreis. Spannende Termine und Gespräche stehen auf meinem Programm.

Herzliche Grüße
Ihre

Elisabeth Motschmann

Büro Bremen • Am Wall 135 • 28195 Bremen • Telefon: +49 421 178 36868
Büro Berlin • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • Telefon: +49 30 227 73738
Email: elisabeth.motschmann@bundestag.de

Elisabeth Motschmann

Newsletter

Union setzt klares Signal für Regierung

Nachdem der CSU-Parteeivorstand bereits am 8. Februar zugestimmt hat, hat am Montag auch der CDU-Bundesparteitag mit einer überwältigenden Mehrheit bei nur 27 Gegenstimmen ein klares Ja zum Koalitionsvertrag abgegeben.

Die Wahl von Annegret Kramp-Karrenbauer zur neuen Generalsekretärin der CDU Deutschlands ist ebenfalls ein starkes Signal für die Zukunft der Volkspartei CDU. Ich danke meinem lieben Kollegen Peter Tauber für seinen Dienst in den vergangenen vier Jahren als Generalsekretär und wünsche Annegret Kramp-Karrenbauer für ihre neue Aufgabe alles Gute und viel Erfolg. Sie ist eine kompetente Persönlichkeit, die unserer Partei sehr gut tun wird.

Mit der Zustimmung von CDU und CSU zum Koalitionsvertrag haben wir unsere Beiträge für die Bildung einer stabilen Regierung für unser Land geleistet. In der Welt, die sich durch die Digitalisierung sowie die europa- und außenpolitischen Herausforderungen immer schneller verändert, ist es dringend nötig, dass wir unsere Antworten jetzt in praktische Politik umsetzen können. Wir stehen für Sicherheit, Zusammenhalt und Europa. Wann immer die Union die Bundesregierung führte, waren die Perspektiven für unser Land gut und der wirtschaftliche Erfolg gesichert. In den letzten drei Legislaturperioden haben wir bewiesen, dass Deutschland, seine Bürger, seine Unternehmen, seine Vereine, Wissenschaft und Kultur viel leisten können.

Wir wollen mit Angela Merkel als Bundeskanzlerin den Weg der behutsamen Erneuerung und des wirtschaftlichen Erfolgs weitergehen. Dort, wo noch Defizite bestehen oder die Bürger sich sorgen, etwa im Bereich der Digitalisierung oder bei der Handlungsfähigkeit des Staates, werden wir kraftvoll ansetzen und Deutschland voranbringen. Unser Land ist ein Land der Chancen und der Ideen. Wir werden dieses Potential, um das uns die Welt beneidet, erhalten und ausbauen.

Fahrverbote enteignen die Fahrzeughalter!

Das Bundesverwaltungsgericht hat in dieser Woche entschieden, dass Städte grundsätzlich Fahrverbote für Diesel-Autos zur Luftreinhaltung verhängen dürfen.

Für mich ist klar, dass die Autofahrer nicht für das Fehlverhalten der Autoindustrie bestraft werden dürfen. Fahrverbote oder die blaue Plakette bedeuten de facto eine Enteignung der Fahrzeughalter. Die vorgegebenen Grenzwerte hätten wesentlich besser und schneller eingehalten werden können, wenn die Messwerte in den Prospekten der Fahrzeughersteller nur halbwegs gestimmt hätten.

Elisabeth Motschmann Newsletter

Für die mittelständische Wirtschaft und das Handwerk wäre die Ausmusterung oder Umrüstung ihrer Diesel-Nutzfahrzeuge unzumutbar. Der wirtschaftliche Schaden könnte Pleiten und damit den Verlust von vielen Arbeitsplätzen nach sich ziehen.

Dennoch muss der Stickoxid-Ausstoß mit vertretbaren und verhältnismäßigen Maßnahmen gesenkt werden. Hier sind Bund, Länder und Gemeinden in der Pflicht, ihre Fahrzeugflotten und die Busse des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) umzurüsten, auszumustern bzw. auf Elektrobusse umzustellen.

Die Autoindustrie trägt für die jetzt entstandene Situation eine hohe Mitverantwortung. Bisher spiegelt sich dies nicht in ihrer Bereitschaft wieder, zu einer Schadensbegrenzung wirksam beizutragen. Dies muss sich ändern.

Internationaler Weltfrauentag am 8. März 2018

Der internationale Weltfrauentag am 8. März ist uns Auftrag und Ansporn zugleich. Er mahnt uns, bei der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland über das Erreichte hinaus noch weiter voranzukommen.

Dazu haben wir im Koalitionsvertrag die Grundlage gelegt. Dem öffentlichen Dienst etwa kommt bei der Gleichstellung eine Vorbildfunktion zu. Wir wollen daher die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Leitungsfunktionen im öffentlichen Dienst bis 2025 erreichen. Wir werden auch daran arbeiten, die Bezahlung in Pflegeberufen schrittweise weiter zu verbessern.

Der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen hierzulande hängt auch mit der unterschiedlichen Bewertung der Berufe zusammen. Die derzeitige Entlohnung von Pflegekräften ist nicht angemessen im Hinblick auf die Belastungen, die dieser Beruf mit sich bringt.

Für uns als Union geht die tatsächliche Gleichstellung Hand in Hand mit mehr Familienfreundlichkeit in unserem Land. Beides voranzubringen ist unser Ziel. Auf unsere Initiative hin haben wir die Familienfreundlichkeit als Leitprinzip im Koalitionsvertrag besonders verankert.

Elisabeth Motschmann

Newsletter

Terroranschlag lückenlos aufklären

Seit dem islamistischen Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz ist über ein Jahr vergangen. Anlässlich fortdauernder neuer Informationen über die Umstände des Anschlags, wollen wir besser aufklären, wie es trotz Warnungen, trotz zahlreicher Hinweise und trotz der Polizeibekanntheit des Täters zu dem Anschlag kommen konnte.

Ziel des ersten Untersuchungsausschusses dieser Wahlperiode ist es, aus den Erkenntnissen weitere Schlüsse, insbesondere für unsere Sicherheitsarchitektur und das Asyl- und Aufenthaltsrecht samt seinem Vollzug zu ziehen. Der Untersuchungsausschuss soll auch Empfehlungen für die Unterstützung von Hinterbliebenen und Opfern solcher Anschläge abgeben.

Die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger hat für uns höchste Priorität. Es gilt, kriminelle und terroristische Taten in unserem Land mit allen Mitteln zu verhindern. Hierfür müssen wir die Handlungsfähigkeit unseres Staates fortwährend an aktuelle Anforderungen anpassen. Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, dass die Sicherheitsbehörden gleichwertige Befugnisse im Internet wie außerhalb des Internets brauchen. Auch die Kommunikation von Kriminellen und Terroristen erfolgt kaum mehr über das klassische Telefon. Die Befugnisse der Ermittler müssen damit einhergehen. Mit der Möglichkeit, Doppelstaatlern die deutsche Staatsangehörigkeit zu entziehen, wenn sie für eine Terrormiliz im Ausland gekämpft haben, haben wir eine weitere Unionsforderung im Koalitionsvertrag durchgesetzt.

Auch wurde vereinbart, die Sicherheitsbehörden mit deutlich mehr Personal auszustatten - allein der Bund wird zusätzlich 7.500 neue Stellen schaffen. Deutschland wird damit wehrhafter und stärker, um Kriminalität und Terror zu bekämpfen.

INF-Vertrag als Grundpfeiler atomarer Sicherheitsarchitektur

Mit dem gemeinsam mit der SPD eingebrachten Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, sich für die Bewahrung des „Intermediate Range Nuclear Forces Treaty“ (Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme) einzusetzen.

Der seit 1987 zwischen den USA und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion bestehende Vertrag verpflichtet die Vertragsparteien zur vollständigen Abschaffung aller landgestützten Mittelstreckenraketen (Reichweite zwischen 500 und 5.500 km). Für die atomare Sicherheitsarchitektur und die europäische Sicherheit ist er von erheblicher Bedeutung. Angesichts von Hinweisen auf russische Tests von Mittelstreckenraketen setzt sich Deutschland für den Erhalt des INF-Vertrages und der Abrüstungs- und Rüstungskontrollarchitektur ein. Der Gefahr eines neuen nuklearen Wettrüstens auf dem europäischen Kontinent stellen wir uns damit entgegen.

Elisabeth Motschmann Newsletter

Nachrichten aus Bremen

Verlust von Bremer Traditionsunternehmen

Mit Bedauern nehme ich zur Kenntnis, dass der seit 1890 in Bremen ansässige Schokoladenhersteller Hachez seine Produktion bis 2020 nach Polen verlegen wird. Hiermit geht dem Wirtschaftsstandort Bremen ein wichtiges Unternehmen verloren. Das bedeutet leider den Verlust vieler Arbeitsplätze in unserer Hansestadt. Ich frage mich, wie unser Wirtschaftssenator Martin Günthner (SPD), der eigentlich im stetigen Dialog mit den Unternehmen sein sollte, von so einer wichtigen Nachricht „überrascht“ werden konnte. Immerhin handelt es sich um ein Unternehmen mit einem Umsatz von 58 Millionen im Jahre 2010. Ich teile die Meinung von unserem CDU-Landesvorsitzenden Jörg Kastendiek, der das wirtschaftliche Standbein Bremens als Standort für die Nahrungsmittel- und Genussbranche gefährdet sieht. Eine verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik muss solche Verluste in Zukunft verhindern.

Kein Auftrag für die Lürssen-Werft

Leider wurde unserer Bremer Lürssen-Werft bei einem der größten Rüstungsprojekte der Bundeswehr der Auftrag nicht erteilt. Es handelt sich um die milliardenschwere Produktion von vier Mehrzweckkampfschiffen MKS 180. Das ist sicherlich keine gute Nachricht für das Bremer Unternehmen, lässt sich aber bei europaweiten Ausschreibungen bedauerlicherweise nicht immer verhindern. Zwei Werften können weiterhin auf den Auftrag hoffen: die deutsche Werft German Naval Yards und die niederländische Werft Damen Shipyards.

Elisabeth Motschmann Newsletter

Bundesparteitag in Berlin



Mit meinen Praktikanten Mauritz von Aderkas, Salim Bopp und Simon Trenckmann (v.l.)
auf dem Bundesparteitag
26.02.2018



Angela Merkel stellt unsere Erfolge bei den Koalitionsverhandlungen vor

Elisabeth Motschmann Newsletter

26.02.2018

Termin in Berlin



**Ein Wiedersehen mit Bürgermeister a.D. Henning Scherf
24.02.2018**

Lange haben wir gemeinsam für Bremen gearbeitet: Henning Scherf als Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen, ich als Kulturstaatsrätin. Am vergangenen Wochenende hat er einen Vortrag in Berlin gehalten und ich habe es mir nicht nehmen lassen, ihn dort zu treffen.